

Karl-Heinz Lambertz · Stefan Alexander Entel

VON EUPEN NACH EUROPA

Ein Plädoyer für eine
föderale und regionale EU

MEDIA FOR EUROPE

*„Was ist mit dir los humanistisches Europa,
du Verfechterin der Menschenrechte,
der Demokratie und der Freiheit?“*

(Papst Franziskus anlässlich der Überreichung
des europäischen Karlspreises im Sommer 2016)



Prolog

Ja, was ist los mit Europa, mit dem Europa, für das am 9. Mai 1950 Robert Schuman, Jean Monnet und Konrad Adenauer nur fünf Jahre nach Ende der Apokalypse des II. Weltkrieges den Grundstein gelegt haben? Einem Europa, das seit sieben Jahrzenten den Europäern Frieden und Freiheit beschert hat?

Diese Frage haben sich der Politiker Karl-Heinz Lambertz und der Publizist Stefan Alexander Entel gestellt, als sie sich im Sommer 2016 erstmalig und dann bis vor wenigen Wochen immer wieder zu einem intensiven Gedankenaustausch über Europa, das Gemeinwesen Europäische Union, deren Bedeutung für das Zusammenleben von 500 Millionen Unionsbürgern und damit verbunden über grundsätzliche gesellschaftspolitische Fragen in Eupen getroffen haben. Herausgekommen ist dabei dieses Buch, in dem es nicht nur um große Politik, sondern auch um viel persönliche Erfahrung geht.

Die Gesprächspartner

Wer im Alter von 18 Jahren bei einem europäischen Aufsatzwettbewerb mit seinen Vorstellungen zur Zukunft Europas den ersten Preis gewinnt und seine Auszeichnung im Schloss von Versailles entgegennehmen darf, dem scheint die Leidenschaft für Politik und Europa geradezu in die Wiege gelegt, eine politische Karriere an eben dieser gesungen worden zu sein. Doch weit gefehlt.

Wäre es nämlich nach dem Willen seiner Familie gegangen, so hätte es einen *Politiker Karl-Heinz Lambertz* nicht gegeben. Schon im zarten Alter von zehn Jahren erhält er von seinem Großvater, einem bodenständigen Landwirt aus der belgischen Eifel, den eindringlichen Rat zu studieren, aber auf gar keinen Fall Politik zu machen.

Es sollte anders kommen. Unmittelbar nach erfolgreichem Abschluss seines Jurastudiums an der Katholischen Universität Louvain (UCL) und anschließendem Studienaufenthalt in Heidelberg zur Vertiefung seiner Kenntnisse im deutschen Recht am dortigen Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht sowie an der dortigen Ruprecht-Karls-Universität, die mit so namhaften Absolventen wie Max Weber, Karl Jaspers, Hannah Arendt und Helmut Kohl aufzuwarten weiß, wird Karl-Heinz Lambertz in Eupen zum Präsidenten des Rates der deutschsprachigen Jugend gewählt. Was damals niemand ahnt, vielleicht er selbst nicht einmal plant, es sollte der Auftakt zu einer langen und erfolgreichen, inzwischen vier Jahrzehnte währenden politischen Karriere sein.

Über 25 Jahre hat Karl-Heinz Lambertz, zunächst ab 1990 als Minister, dann von 1999 bis 2014 als Ministerpräsident, zuletzt von Juni 2014 bis September 2016 als Präsident des Parlamentes, dessen Mitglied er seit 1981 ist, die politische Entwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (DG) maßgeblich mitgeprägt. Seit Oktober 2016 vertritt er die DG im belgischen Senat.

Politik in der und für die DG ist – zumindest nach seinem Verständnis – immer auch ein Stück weit Europapolitik. Deshalb ist es geradezu konsequent, dass Karl-Heinz Lam-

bertz nicht nur die regionale und nationale Bühne für sein politisches Engagement gesucht hat, sondern eben auch die europäische. Seit 2001 ist neben dem Kongress der Gemeinden und Regionen beim *Europarat (KGRE)* der *Ausschuss der Regionen bei der EU (AdR)* seine europapolitische Bühne. Es liegt geradezu in der Natur der Sache, dass für ihn dabei die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einen wichtigen Aspekt ausmacht, was nicht ohne Folgen geblieben ist. So war Karl-Heinz Lambertz von 2010 bis 2017 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG).

Am 12. Juli 2017 haben ihn die 350 Mitglieder des AdR per Akklamation zu ihrem Präsidenten gewählt. Aufgabe des 1992 im Rahmen des Vertrages von Maastricht geschaffenen und 1994 eingesetzten AdR ist es, die regionalen und lokalen Interessen zu bündeln und in den europäischen Rechtssetzungsprozess einzubringen.

In seiner Antrittsrede betonte Karl-Heinz Lambertz, dass es in einer immer engeren globalisierten Welt keine wünschenswerte Alternative zur Fortsetzung und Vertiefung der europäischen Integration gibt. Deshalb müsse man dafür sorgen, dass Europa nicht Angst macht, sondern dass die Menschen wieder Lust auf Europa bekommen.

Den Menschen wieder Lust auf Europa machen, darin sieht auch *Stefan Alexander Entel* seine Aufgabe. Er sei aus Zufall Deutscher, aus Überzeugung Europäer, sagt er von sich und macht damit deutlich, dass sich für ihn der Nationalstaat als politisches Ordnungsmodell in und für Europa überlebt hat. In seinem Buch „9. Mai 1950 – Die Ge-

burtsstunde Europas“ schildert er die Anfänge eines Europas, das es niemals zuvor in der Geschichte gegeben hat, eines Europas, in dem heute die Menschen in Frieden und Freiheit zusammenleben. Dieses Buch liefert nicht nur einen Beitrag zum Verständnis der europäischen Nachkriegsgeschichte, es zeigt auch auf, worauf es heute in für die Europäische Union ankommt und welchen Mut und Weit-sicht die „Väter Europas“ besessen haben. Denn das, was für Jean Monnet, Robert Schuman und Konrad Adenauer 1950 eine Vision war, ist heute Realität: Die Europäische Union hat über 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus 28 Staaten zu einer Gemeinschaft gleichberechtigter Unionsbürger vereinigt. Das ist für den Juristen Stefan Alexander Entel das eigentlich Revolutionäre an der europäischen Integration, weshalb sein Augenmerk grundsätzlich nicht nur auf das Thema Binnenmarkt, sondern mehr noch auf die gesellschaftspolitische Dimension des europäischen Projektes gerichtet ist. Denn, so lautet sein Credo, Menschen leben nicht in Märkten, sondern in Gemeinschaften!

Über eben diese gesellschaftspolitische Dimension der europäischen Einigung, die besondere Bedeutung, die dabei in Zukunft vor allem den Regionen als dritte Politikebene in dem Gemeinwesen Europäische Union zukommt, und über viele andere Fragen mehr haben Karl-Heinz Lambertz und Stefan Alexander Entel im Kloster Heidberg zu Eupen diskutiert.

Dieses vor 300 Jahren für die Schwestern des Rekollektinnenordens als Ort der Stille und der Einkehr gegründete

Kloster beherbergte einst eine Schule und heute nach umfangreichen Umbau- und Restaurierungsarbeiten ein modernes Seminar- und Eventzentrum.

Besondere öffentliche Aufmerksamkeit weit über die Grenzen Eupens hinaus erfuhr das Kloster im Sommer 2016, als dort auf Einladung des belgischen Königs Phillip die Staatsoberhäupter der deutschsprachigen Staaten Europas – der Großherzog von Luxemburg, seine königliche Hoheit Henri, der Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Joachim Gauck, und der Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Johann Schneider-Amman, ihr alljährlich stattfindendes informelles Treffen abhielten. Das österreichische Staatsoberhaupt fehlte, weil dort erst die Wahl eines neuen Bundespräsidenten anstand.

Was manch einen überraschen mag, Belgien ist (auch) ein deutschsprachiges Land. Soll heißen: Deutsch ist neben Französisch und Niederländisch offizielle Amtssprache im Königreich Belgien. Die Besonderheit dabei ist das Territorialprinzip. Niederländisch ist die offizielle Amtssprache in Flandern, Französisch in der Wallonie und Deutsch in den neun Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die Region Brüssel ist zweisprachig – französisch und niederländisch.

Das klingt kompliziert, aber kompliziert ist auch das Staatsgefüge Belgiens, das im Verlauf der letzten Jahrzehnte die Umwandlung von einem Zentralstaat in einen Föderalstaat erfahren hat. Diesem Prozess verdankt die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens ihren besonderen Status

als – wie Karl-Heinz Lambertz immer wieder betont – „kleinstem Bundesland der EU“. Auch wenn die Bewohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft nur 0,7% der Gesamtbevölkerung des Königreiches ausmachen, sie also eine Minderheit – oftmals versehen mit dem Prädikat „bestgeschützte Minderheit Europas“ – darstellen, so steht doch die Akzeptanz der deutschen Sprache in Belgien außer Frage.

Den Menschen wieder Lust auf Europa machen, in der Rückschau hätten die Gespräche der beiden Autoren durchaus unter diesem Motto stehen können. Was nicht heißt, dass alles schöngeredet worden ist. Im Gegenteil.

Schonungslos in der Analyse der Ursachen vieler Probleme, mit denen Europa und die europäische(n) Gesellschaft(en) aktuell zu kämpfen haben, zeigen sie auf, wie das Schiff „Europa“ wieder auf Kurs zu bringen, der Kompass neu zu justieren ist, um das zu bewahren und weiterzuentwickeln, was in den vergangenen 70 Jahren erreicht worden ist: Frieden, Freiheit und Wohlstand. Und natürlich haben beide am Ende auch ein wenig in die berühmte Glaskugel geschaut und darüber diskutiert, wie es jetzt in Europa mit oder vielleicht am Ende doch ohne Brexit weitergehen kann und möglicherweise weitergehen wird.

Herausgekommen ist dabei dieses Buch, dessen Titel „*Von Eupen nach Europa*“ manch einem zumindest merkwürdig erscheinen mag. Deshalb zur Erklärung:

In Eupen, der Hauptstadt der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, hat die politische Karriere von Karl-

Heinz Lambertz 1975 mit seiner Wahl zum Präsidenten *des Rates der Deutschsprachigen Jugend* ihren Anfang genommen, 42 Jahre später steht er an der Spitze einer europäischen Institution. „*Von Eupen nach Europa*“ markiert also deren Beginn und Höhepunkt.

„Das Maß meiner politischen Lebenserfahrung ist größer ist als das meiner politischen Lebenserwartung“, pflegt Karl-Heinz Lambertz zuweilen zu betonen. Dieser politischen Lebenserfahrung ist der Titel des Buches geschuldet, denn für Karl-Heinz Lambertz steht unverbrüchlich fest: „Wenn man einen neuen Schub für Europa entwickeln will, muss das bei den Menschen vor Ort in den Gebietskörperschaften ankommen. Deshalb sollte man auch ausgehend von den Gebietskörperschaften vermehrt europäische Initiativen starten, die die EU-Bürger als einen wirklichen Mehrwert empfinden können.“

Eupen steht hier also stellvertretend für alle Gebietskörperschaften, deren Rolle in dem Gemeinwesen Europäische Union in Zukunft immer bedeutender werden wird. Denn am Ende, dies sei vorweggenommen, waren beide Gesprächspartner darin einig: Das Europa der Zukunft sind nicht die „Vereinigten Staaten von Europa“! Die Perspektive für Europa kann letztendlich nur föderal und regional sein. Was das bedeutet, erläutern die beiden Autoren am Ende dieses Buches.

Eupen im März 2018

I.

Politiker aus Leidenschaft, Europäer aus Überzeugung

Stefan Alexander Entel: *Als Sie für unsere Treffen hier in Eupen das Kloster Heidberg vorgeschlagen haben, habe ich natürlich zunächst nach einer inneren geistigen Verbindung zwischen diesem von Schwestern des Rekollektinnenordens zu Beginn des 18. Jahrhunderts errichteten Kloster und unserem Thema gesucht. Wäre es ein ehemaliges Benediktinerkloster, so hätte sich mir die Verbindung unschwer aufgedrängt. Robert Schuman, der „Vater Europas“, über den wir sicherlich noch sprechen werden, galt zu Lebzeiten in seinem direkten Umfeld geradezu als Inkarnation eines Benediktiners, weil er streng nach deren Regeln lebte.*

Karl-Heinz Lambertz: Ich habe das in Ihrem Buch gelesen. In unserem Fall ist es wohl weniger dieses Gebäude, aus dem sich der von Ihnen gesuchte innere Bezug zu unserem Thema festmachen lässt, als vielmehr der Ort, besser noch die Region, in der wir uns befinden. Es gibt nicht viele Gegenden, in denen die wechselvolle Geschichte Europas so nachhaltige Folgen für ihre Bewohner gehabt hat wie hier. Nicht ohne Grund nennt man die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens „ein Kind der europäischen Geschichte“.

E: Was man näher erklären muss. Zumal es außerhalb Belgiens nur wenige Menschen geben dürfte, denen die Geschichte dieser Region und das Phänomen Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens hinreichend vertraut sind. Wenn Sie erlauben, würde ich gerne an dieser Stelle aus Ihrem Beitrag in „Die Rechtsstellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der deutschen Sprache in Belgien“, erschienen in Band 6 der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, zitieren. Ich denke, daraus wird zumindest in groben Zügen verständlich, was die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens ausmacht. Hier also Originalton Karl-Heinz Lambertz:

Was ist die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens?

Sie ist sicherlich nicht der Nabel der Welt, auch nicht der Nabel Belgiens, wenn Belgien denn überhaupt einen Nabel hat. Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist schlicht und einfach einer der belgischen Gliedstaaten, ein Teil des belgischen Bundesstaates – nicht mehr, aber auch nicht weniger. [...]

Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat rund 77000 Einwohner, die auf dem Gebiet von 854 Quadratkilometern leben, das in neun Gemeinden aufgeteilt ist, in dem rund 21000 Menschen in etwa 2200 Unternehmen sozialversicherungspflichtig arbeiten und wo es derzeit rund 6000 Selbstständige sowie 2300 Arbeitslose gibt. [...]

I. Politiker aus Leidenschaft, Europäer aus Überzeugung

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist ein Kind der Geschichte. Im Jahr 1919 gliederte der Versailler Vertrag die 1815 Preußen zugeordneten Ostkantone Belgien an. Wenn der Versailler Vertrag damals anders ausgesehen und man etwa Vorschläge gewisser Verhandlungspartner umgesetzt hätte, ein Gebiet Deutschlands, das bis zum Rhein ging, Belgien anzugliedern, dann sähe der belgische Bundesstaat heute ganz anders aus und dann wäre das Land Nordrhein-Westfalen bedeutend kleiner, als es jetzt ist.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist aber noch aus einem anderen Grund ein Kind der Geschichte. Ihre heutige Rechtsstellung wäre ohne die Föderalisierung Belgiens nicht denkbar. Man hätte für diese Gemeinschaft niemals ein Parlament und eine Regierung nur deshalb vorgesehen, weil es eine nette deutschsprachige Minderheit im Osten Belgiens gibt. Die große Chance für die Deutschsprachige Gemeinschaft lag in dem Prozess der Umwandlung Belgiens von einem dezentralisierten Einheitsstaat hin zu einem Bundesstaat, der auf einem spezifischen, sehr zentrifugalen und dissoziativen Modell basiert. Diese Entwicklung beginnt kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges. [...]

Seitdem hat sich vieles verändert. Die Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist eigentlich auch die Geschichte des belgischen Bundesstaates. Man kann von Etappe zu Etappe verfolgen, wie sich

I. Politiker aus Leidenschaft, Europäer aus Überzeugung

die Rechtsstellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft weiterentwickelt hat. Die Autonomie begann 1973 mit einem ziemlich hybriden Statut ohne Gesetzgebungshoheit, aber mit einem direkt gewählten Rat. Die Deutschsprachige Gemeinschaft war die erste, die auf gliedstaatlicher Ebene in Belgien über ein direkt gewähltes Parlament verfügte. Die anderen Kulturräte setzten sich damals noch aus den nationalen Parlamentariern der jeweiligen Sprachgruppen zusammen. Bei jeder der bisherigen sechs Staatsreformen wurde auch die Rechtsstellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgebaut. [...]

Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt über drei Alleinstellungsmerkmale: Erstens, sie ist eine nationale Minderheit im Sinne der Europaratskonvention zum Schutz nationaler Minderheiten. Der Schutz unserer Gemeinschaft als belgischer Gliedstaat geht jedoch weit über das hinaus, was in dieser Konvention als Standard festgehalten ist, auch wenn Belgien diese Konvention nicht ratifiziert hat. Zweitens ist die Deutschsprachige Gemeinschaft ein Kleingliedstaat, une petite entité fédérée. Manche meinen sogar, sie sei zu klein. Kleine und große Gliedstaaten gibt es in vielen Bundesstaaten. In Deutschland sind Bremen und Nordrhein-Westfalen von sehr unterschiedlicher Größe. In Kanada sind die Prince-Edward-Inseln mit 120 000 Einwohnern sehr viel kleiner als die Provinz Ontario mit 12 Millionen Einwohnern. Und selbst in der Schweiz, die ja

I. Politiker aus Leidenschaft, Europäer aus Überzeugung

im Wesentlichen aus kleinen Kantonen besteht, von denen die Hälfte territorial und acht einwohnermäßig kleiner sind als die Deutschsprachige Gemeinschaft, ist der Unterschied zwischen dem kleinsten Kanton Appenzell Innerrhoden mit 12 000 Einwohnern und dem größten Kanton Zürich mit 1,2 Millionen Einwohnern ähnlich groß wie in Belgien der Unterschied zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Region Flandern. Die Grenzlage bildet das dritte Alleinstellungsmerkmal. Ostbelgien ist eine Grenzregion par excellence mit Staatsgrenzen zu Deutschland - zu zwei deutschen Bundesländern: Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz -, zu Luxemburg und zum Königreich der Niederlande. Außerdem gibt es eine innerbelgische Sprachengrenze zur Französischen Gemeinschaft. Wer Belgien ein wenig kennt, der weiß, dass die Probleme an den Sprachengrenzen manchmal sehr viel delikater und schwieriger zu lösen sind als diejenigen an den Staatsgrenzen. [...]

Seit sie über ein Parlament mit Gesetzgebungshoheit und eine eigene Regierung verfügt, strebt die Deutschsprachige Gemeinschaft eine maßgeschneiderte Politikgestaltung an. Autonomie ist kein Selbstzweck. Sie muss einen Mehrwert für die Menschen haben und der bestehenden Besonderheiten Rechnung tragen. Diesen Weg hat die Deutschsprachige Gemeinschaft seit 1984 konsequent beschritten und dabei einen Grundsatz berücksichtigt, der oft bei der

I. Politiker aus Leidenschaft, Europäer aus Überzeugung

Wahrnehmung autonomer Zuständigkeiten verkannt wird: Autonomie bedeutet nicht unbedingt, immer alles selbst zu machen. Autonomie bedeutet, entscheiden zu können, was geschehen soll. Ob die Umsetzung in Eigenregie oder in Zusammenarbeit mit der Gemeindeebene oder mit Partnern jenseits der Sprach- oder Staatsgrenzen stattfindet, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Das muss im Einzelfall im Hinblick auf das Objekt und die Thematik geklärt werden. [...]

Neben Ausmaß und Gestaltung der Autonomie spielt die gesetzlich garantierte Vertretung eine wichtige Rolle bei der Bewertung der Rechtsstellung der deutschsprachigen Minderheit in Belgien. Diese Vertretung wird durch einen eigenen Wahlkreis für die Wahl zum Europaparlament gewährleistet. Außerdem bezeichnet das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Mitglied des belgischen Senats. Im wallonischen Parlament und in der Kammer verfügen die Deutschsprachigen jedoch nicht über eine gesetzlich garantierte Vertretung. [...]

Vertreten ist die Deutschsprachige Gemeinschaft ebenfalls im Konzertierungsausschuss sowie im Europäischen Ausschuss der Regionen bei der EU und im Kongress der Gemeinden und Regionen beim Europarat. [...]

Für die Rechtsstellung der Deutschsprachigen ist von großer Bedeutung, dass Deutsch in Belgien Lan-

des- und Amtssprache ist. Dies bedeutet natürlich nicht, dass man jetzt überall - egal, wann und wo - die deutsche Sprache benutzen kann. Das ist alles sehr genau geregelt und es ist Aufgabe der Gerichte, dafür zu sorgen, dass alle, die zum Gebrauch der deutschen Sprache verpflichtet sind, dies auch tun [...]

E.: Soweit Ihr zugegebenermaßen noch etwas gekürztes Porträt der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

L.: Das man auf einen einfachen Nenner reduzieren kann: Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist ein Kind des Versailler Vertrages und des belgischen Bundesstaatsmodells. Ohne den Versailler Vertrag gehörte das deutsche Sprachgebiet nicht zu Belgien; ohne die in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts gestartete Umwandlung Belgiens in einen Bundesstaat gäbe es in Eupen kein Parlament mit Gesetzgebungshoheit in wesentlichen Bereichen der Politikgestaltung. Auch gäbe es keine von diesem Parlament gewählte und diesem gegenüber verantwortliche Regierung.

E.: *Wenn man noch intensiver in die Geschichte dieser Region einsteigt, dann erklärt sich sicherlich das von Martin Schulz häufig gehörte Wort, dass Menschen, die wie er selbst aus dieser Grenzregion stammen, geradezu zwangsläufig überzeugte Europäer sind.*

L.: Von Zwangsläufigkeit würde ich nicht sprechen. Aber wenn man in dem sog. Dreiländereck Deutschland, Niederlande, Belgien, insbesondere hier in Ostbelgien, gebo-

ren und aufgewachsen ist, entwickelt man eine besondere Affinität und Sensibilität für Europa und die europäische Einigung. Das hat viel mit der gerade in groben Umrissen beschriebenen Geschichte dieser Region zu tun. Einer Geschichte, die unsere Generation zwar nicht mehr persönlich erlebt und erlitten hat, die mir aber von meinen Eltern und Großeltern schon in jungen Jahren nahegebracht worden ist. Welche manchmal dramatischen Folgen dieses politische Wechselspiel für die Menschen hatte, verdeutliche ich gerne in meinen Reden am Beispiel meines Großvaters. Obwohl er nie aus seinem Heimatdorf weggezogen ist, musste er in seinem Leben als Folge der beiden Weltkriege viermal seine Staatsbürgerschaft wechseln. Als, wenn Sie so wollen „Deutscher“ geboren, wurde er dank des Versailler Vertrages nach dem I. Weltkrieg zwangsweise „Belgier“. Was folgte, war ein schwieriger Eingliederungsprozess in Belgien, wo es auch darum ging: Werden wir jetzt Belgier oder sind wir immer noch Deutsche? Oder wollen wir gar nach Deutschland zurück? Eine hochpolitische Diskussion bis hin in das belgische Parlament hinein. Dann, wenige Jahre später, die Vereinahmung und Unterwanderung durch Hitler-Deutschland und die Nazis, bis hin zur völkerrechtswidrigen Annektierung 1940.

Das wiederum war für viele aus der Region mit der Konsequenz verbunden, als sog. Zwangssoldaten zur deutschen Wehrmacht eingezogen zu werden. Nach dem II. Weltkrieg waren sie dann hier in Belgien häufig Repressalien ausgesetzt. Hinzu kam die Frage: Wird dieses Gebiet noch ein Gebiet deutscher Sprache bleiben oder wird es in das fran-

zösische Sprachgebiet integriert und werden die Menschen dann sprachlich und kulturell assimiliert? Das war die Lebenswelt meines Großvaters, zum Teil auch die meiner Eltern.

E.: *Erklärt sich daraus der von Ihnen gelegentlich erwähnte Ratschlag Ihres Großvaters zu studieren, aber keinesfalls in die Politik zu gehen?*

L.: Ja! Wenn Ihnen nämlich jemand als bodenständiger Bauer, der das alles mitgemacht hat, mit seiner Bauernschläue sagt: Wenn du was werden willst, dann musst du studieren – was ja mein Vater unter anderem wegen der Kriegsereignisse in seiner Jugendzeit nicht konnte –, und dann noch hinzufügt, dass man sich vor der Politik in Acht nehmen soll, dann ist das mehr als nur ein leicht dahingesagtes Wort; dann ist das schon eine ganz starke Botschaft.

E.: *Eine Botschaft, die Sie jedoch nicht wirklich beherzigt haben.*

L.: Was wiederum auch meinem Elternhaus geschuldet ist. In unserer Familie wurde viel über Politik gesprochen, mein Vater selbst war viele Jahre in der Kommunalpolitik aktiv und nicht zuletzt waren es sehr persönliche Erfahrungen und Erlebnisse, die mein Interesse an Politik, insbesondere an europäischer Politik geweckt haben.

E.: *Das Schicksal Ihres Großvaters in puncto „Staatsbürgerschaft“ scheint mir geradezu symptomatisch für viele Menschen während der Zeit zwischen Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Ich erinnere an Robert Schuman, der als französischer Außenminister am 9. Mai 1950 zum „Vater Europas“ geworden ist ...*

Robert Schuman – „Der Grenzgänger“

Jean-Baptiste Nicolas Robert Schuman kommt am 29. Juni 1886 in Clausen, einem Stadtteil Luxemburgs, zur Welt. Er ist das einzige Kind der Eheleute Jean-Pierre Schuman und Eugénie Schuman (geb. Duren). Obwohl in Luxemburg geboren (und auch dort aufgewachsen) erhält er bei seiner Geburt nicht die luxemburgische, sondern die deutsche Staatsbürgerschaft. Französischer Staatsbürger wird er erst 1918, also im Alter von 32 Jahren.

Zu den Besonderheiten im Leben Robert Schumans gehört also, dass er, der spätere französische Ministerpräsident (24. November 1947 bis 19. Juli 1948) und französische Außenminister (1948–1953) zunächst die Staatsbürgerschaft des „Erbfeindes“ besaß.

Dieses – aus heutiger Sicht – Kuriosum verdankte Robert Schuman wie viele seiner Zeitgenossen den politischen Verhältnissen zum Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Aufgrund der Niederlage im deutsch-französischen Krieg (1870/71) hatte sich Frankreich im Vertrag von Frankfurt (10. Mai 1871) gegenüber dem siegreichen Deutschen Reich verpflichtet, das Elsass und einen Teil Lothringens abzutreten, die fortan – bis 1918 – das „Reichsland Elsass-Lothringen“ bildeten.

Der Vertrag von Frankfurt enthielt eine Klausel, wonach die Einwohner der annektierten Gebiete Elsass–

Lothringen die Wahl zwischen der französischen oder deutschen Nationalität hatten. Entschieden sie sich bis zum 1. Oktober 1872 für die Beibehaltung ihrer französischen Nationalität, mussten sie ihre Heimat verlassen und nach Frankreich auswandern. Machten sie von diesem „Wahlrecht“ keinen Gebrauch und ließen die Frist verstreichen, so wurden sie als deutsche Staatsbürger betrachtet. Etwa 128 000 Elsass-Lothringer sollen von diesem „Wahlrecht“ Gebrauch gemacht haben.

Zu denjenigen, die davon keinen Gebrauch machten, gehörte der Vater Robert Schumans, Jean-Pierre Schuman (geb. 1837)

Nach der Annektierung Lothringens durch das Deutsche Reich hatte er seine Heimat, das lothringische Dorf Evrange, nahe der luxemburgischen Grenze, verlassen und war als „deutscher Staatsbürger“ nach Luxemburg ausgewandert.

Dort heiratete er die 1864 geborene, also um viele Jahre jüngere Luxemburgerin Eugénie Duren, die damit zwangsläufig die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen musste.

Für Robert Schuman hatte dies alles u.a. zur Folge, dass er trotz seiner französisch-luxemburgischen Wurzeln im I. Weltkrieg die deutsche Uniform tragen musste.

Mit der Niederlage des Deutschen Reiches und dem Versailler Vertrag fällt das „Reichsland Elsass-Lothringen“ an Frankreich zurück und Robert Schuman wird automatisch französischer Staatsbürger. Nicht zuletzt dieser Besonderheit seines Lebens und den sich

daraus für ihn persönlich ergebenden Konsequenzen ist es zu verdanken, dass er später sein politisches Wirken in den Dienst der deutsch–französischen Aussöhnung stellen sollte.

(Auszug aus „9. Mai 1950 – Die Geburtsstunde Europas“)

E.: Die Schicksale Ihres Großvaters und Robert Schumans führen uns vor Augen, was allzu oft vergessen wird: Der Mensch wird nicht als „Franzose“, „Deutscher“ oder „Belgier“ geboren, sondern schlichtweg als Mensch. Unsere Staatsbürgerschaft ist letztendlich ein Zufallsprodukt und allein den politischen Verhältnissen zum Zeitpunkt und am Ort unserer Geburt geschuldet. Schon Charles de Montesquieu sagte von sich: „Ich bin aus Notwendigkeit Mensch, aus Zufall Franzose!“

L.: Deshalb sagen Sie wohl von sich selbst, Sie seien aus Zufall Deutscher, aus Überzeugung Europäer.

E.: In der Tat, das hat auch mit dieser Erkenntnis zu tun. Richtig ist weiter, dass sich meine Aussage an den Ausspruch von de Montesquieu anlehnt. Dahinter steckt jedoch noch eine ganz andere Überlegung, die sich aus der Verbindung „Zufall“ und „Überzeugung“ ableitet. Aber ich fürchte, das auseinanderzusetzen, würde hier zu weit führen. Im Augenblick interessiert mich viel mehr, ob es unabhängig von Ihren Erfahrungen in Ihrem Elternhaus so etwas wie ein Schlüsselerlebnis gegeben hat, das für Ihre europäische Überzeugung prägend gewesen ist.

L.: Ich denke nicht, dass meine, wie Sie es nennen, europäische Überzeugung allein auf einem Erlebnis oder einer

Erfahrung gründet. Dennoch gab es in der Tat ein Erlebnis in meiner Jugend, das mein Interesse an europäischen Dingen ganz besonders geschärft hat und auch mein Interesse an all den Fragen geweckt hat, die seinerzeit mit der zweigeteilten Welt des Kalten Krieges zu tun hatten. Ich erinnere mich an meine erste Teilnahme 1968 als ganz junger Mensch an einem internationalen Jugendseminar im Rheinland, zu dem Jugendliche aus allen Ecken Europas zusammengekommen waren, um sich eine Woche lang mit gesellschaftlichen Themen zu beschäftigen. Für mich war es die erste Begegnung mit Altersgenossen aus anderen Ländern mit völlig unterschiedlichen Mentalitäten. Die anfänglich fröhliche Stimmung, die unter den Teilnehmern herrschte, wurde jäh ins Gegenteil verkehrt, als wir die Nachricht vom Einmarsch der Russen in Prag erhielten. Unter den Teilnehmern war eine sehr starke tschechoslowakische Delegation, von denen eine ganze Reihe schon etwas intensiver diskutiert und auch gefeiert hatten. Ich habe dann die Schockwirkung und die Verzweiflung dieser Leute, meiner Altersgenossen, erleben können, was mich unwahrscheinlich stark beeindruckt hat.

E.: Sie sprechen vom 22. August 1968, dem Tag, als russische Panzer in Prag dem sog. Prager Frühling gewaltsam ein Ende bereiten. Da möglicherweise nicht jedem unserer Leser die Ereignisse und deren historische Zusammenhänge präsent sind, sollte man diese hier kurz in Erinnerung rufen:

Der Prager Frühling und sein gewaltsames Ende

Es ist die Nacht vom 20. auf den 21. August 1968, als Truppenverbände des Warschauer Paktes aus der UdSSR, Polen, Ungarn und Bulgarien in die Tschechoslowakei einmarschieren und binnen weniger Stunden die Schaltstellen des Landes besetzen. Mit etwa 500 000 Soldaten ist es die größte Militäroperation auf europäischem Boden seit Ende des II. Weltkrieges. Ihr Auftrag: die gewaltsame Beendigung der unter dem Begriff „Prager Frühling“ in die Geschichtsbücher eingegangenen Reformbemühungen der tschechoslowakischen Kommunisten mit dem Ziel, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen.

Seit 1967 befindet sich die Tschechoslowakei in einem vorsichtigen Umbruch. Der seit 1957 amtierende Staats- und Parteichef Antonin Nowotný sieht sich angesichts der zunehmend schwierigen wirtschaftlichen Situation des Landes auf Druck seiner eigenen Parteixperten zu vorsichtigen Wirtschaftsreformen in Richtung einer Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse veranlasst. Der Begriff „sozialistische Marktwirtschaft“ macht die Runde. Mit den Wirtschaftsreformen einher gehen erste zaghafte Versuche zu mehr Liberalisierung und Meinungsfreiheit. All das soll der zunehmenden Unzufriedenheit und Unruhe in der Bevölkerung Rechnung tragen. Es sind insbesondere Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle wie Vaclav Havel und Pavel Kohout, die öffentlich Kritik am herrschenden politi-

schen System formulieren. Am 31. Oktober 1967 organisiert eine Gruppe von Studenten der Technischen Hochschule in Prag eine Straßendemonstration, um gegen die Stromsperren in ihren Wohnheimen zu protestieren. „Mehr Licht“, ist ihre Forderung! „Mehr Licht“ wird zu Recht als Forderung verstanden, die weit über das Wohnproblem hinausgeht. Der Geist der Freiheit ist aus der Flasche!

Dass diese Entwicklung bei der Kreml-Führung in Moskau und den anderen Ostblockführern nicht unbedingt auf Begeisterung stößt, versteht sich von selbst. Die Konsequenzen lassen nicht lange auf sich warten. Im Januar 1968 muss Nowotný auf Druck Breschnews, dessen Machtübernahme Nowotný 1964 als einziger der Ostblockführer offen kritisiert hatte, seine Position als KP-Chef räumen. Als Staatspräsident kann er sich noch einige Monate halten.

Der Slowake Alexander Dubcek wird erster Sekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und übernimmt damit die politische Macht im Staat. Dubcek, obwohl in der Moskauer Kaderschmiede ausgebildet, ist ein Idealist. Seine Vision ist ein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Seine Machtübernahme markiert den Beginn des „Prager Frühlings“. Am 5. April 1968 stellt die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei ein Aktionsprogramm auf, das es in sich hat und in den moskauhörigen KP-Zentralen der anderen Ostblockstaaten die Alarmglocken schrillen lässt.

Binnen zwei Jahren soll es dem Programm zu Folge weitere einschneidende Wirtschaftsreformen geben, die eine Privatisierung von Klein- und Mittelbetrieben, die Befreiung von politischen Direktiven und die Einrichtung eigenverantwortlicher Betriebsräte zum Inhalt haben. Bürgerliche Grundfreiheiten, wie Meinungs- und Informationsfreiheit oder Reise- und Versammlungsfreiheit, die Freiheit von Wissenschaft und Kunst sollen gewährt werden und, was von besonderer Brisanz ist, das Machtmonopol der kommunistischen Partei wird zur Disposition gestellt.

„Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ bedeutet für Dubcek und seine Kollegen, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, ihn als Wert über alle anderen Werte zu stellen. Das System der CSSR soll den eigenen Gegebenheiten und Notwendigkeiten angepasst werden an Stelle blinden Gehorsams gegenüber Moskau.

Das alles findet breite Zustimmung in der tschechischen Bevölkerung, für die sich ein Spalt im „eisernen Vorhang“ damit auftut.

Ihren Höhepunkt erfährt die mit dem „Prager Frühling“ verbundene geistige Befreiung mit dem von Intellektuellen im Juni 1968 verfassten „Manifest der 2000 Worte“. Dieses Manifest, dessen Initiator der Schriftsteller Ludvik Vaculik ist, bedeutet eine Abrechnung mit 20 Jahren KP-Herrschaft. Der Sozialismus als Gesellschaftsform wird grundsätzlich in Frage gestellt.

Für die kommunistischen Hardliner in den Hauptstädten des Ostblocks, allen voran Ulbricht und Gomul-

ka, aber auch innerhalb des Kremls, bedeutet dieses Manifest die Plattform einer Konterrevolution. Breschnew, der in Dubcek seinen „Mann in Prag“ sieht und der an dessen Amtsübernahme nicht ganz unbeteiligt gewesen ist, versucht diesen im Gespräch wieder auf Linie zu bringen. Zu spät. Die Begeisterung der tschechischen Bevölkerung für den neuen Kurs ist zu groß. Selbst wenn er wollte, Dubcek könnte das Rad nicht mehr zurückdrehen. Und er will es auch gar nicht, selbst wenn er versucht, die Kreml-Führung zu beruhigen und dort seine Linientreue zu beschwören.

Der Druck auf Breschnew nimmt derweil zu. Anfang August 1968 verkündet er die Doktrin, die später mit seinem Namen verknüpft wird: *„Jeder kommunistischen Partei steht es frei, die Grundsätze des Marxismus-Leninismus und Sozialismus in ihrem eigenen Land anzuwenden, aber es steht ihr nicht frei, von diesen Grundsätzen abzuweichen, wenn sie eine kommunistische Partei bleiben will ...“*

Die Schwächung eines Gliedes im Weltsystem des Sozialismus trifft alle sozialistischen Länder, daher kann ihnen das nicht gleichgültig sein ...“

Das ZK in Moskau lässt keinen Zweifel an seiner Deutungshoheit in Sachen Kommunismus aufkommen und begründet hier den Rechtsanspruch auf Präventivmaßnahmen, um eine Gefahr für den Sozialismus in irgendeinem sozialistischen Land abzuwenden. Da spielt es dem Kreml in die Hände, dass fünf Genossen aus dem tschechoslowakischen ZK hinter dem Rücken Dubceks nach Moskau telegraphieren, die kommunisti-

sche Ordnung in der Tschechoslowakei sei unmittelbar bedroht und eine militärische Intervention dringend notwendig.

Um die Sache abzukürzen: Am Morgen des 22. August 1968 hat für die tschechoslowakischen Bürger der politische Frühling ein jähes Ende gefunden. Es weht ein eisiger Wind in den Straßen der Hauptstadt. Überall rollen Panzer der Warschauer-Pakt-Armeen. Die Staatsführung hat zur Besonnenheit aufgerufen. Militärischer Widerstand wäre auch zwecklos, zumal die wenige Stunden vor der Intervention informierte NATO beruhigende Signale nach Moskau gesandt hat. Und dennoch kommt es vereinzelt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen aufgebrachtter Zivilbevölkerung und Besatzern. 500 Opfer sind am Ende auf beiden Seiten zu beklagen. Zehntausende, vornehmlich Handwerker und Intellektuelle, verlassen in der Folge das Land. Allein nach Österreich flüchten 96 000 Menschen, 66 000 Urlauber kehren nicht aus Österreich in ihre Heimat zurück.

Am 16. Januar 1968 verbrennt sich aus Protest gegen die Besatzer der Student Jan Palach auf dem Prager Wenzelsplatz. Ein Jahr später folgt an gleicher Stelle Jan Zajic seinem Beispiel.

Der allgemeinen Resignation zum Trotz bilden Künstler, Intellektuelle und Politiker eine Bürgerrechtsbewegung, die 1977 die „Charta 77“ veröffentlicht und ab 1988 zu politischen Aktionen aufruft. Vaclav Havel wird zum führenden Vertreter dieser Bewegung.

Im November 1989 finden an verschiedenen Orten in der Tschechoslowakei unter dem Eindruck des Reformprogrammes von Michail Gorbatschow Demonstrationen statt. Es ist der Anfang vom Ende des kommunistischen Systems auch in der CSSR. Als die „samtene Revolution“ geht diese gewaltlose Erhebung des Volkes später in die Geschichtsbücher ein. Im Dezember 1989 wird Vaclav Havel Staatspräsident, zum 1. Januar 1993 ist die Tschechoslowakei Geschichte. Das Parlament hat wenige Monate zuvor die Auflösung der Föderation beschlossen. Mit der Tschechischen Republik und der Slowakei bekommt Europa zwei neue Staaten. Beide werden 2004 Mitglied der Europäischen Union.

E.: Ich erinnere mich noch gut an die Bilder aufgebracht Jugendlicher, die mit Steinen Panzer bewerfen, Bilder der Wut, aber auch der Verzweiflung.

L.: Eben diese Verzweiflung, die ich ja aufgrund des unmittelbaren Erlebens in dem Jugendseminar, wenn ich so sagen darf, hautnah spüren konnte, hat mein Interesse an europäischen Dingen und an all den Fragen, die mit der zweigeteilten Welt des Kalten Krieges zu tun hatten, geschärft. Wir haben damals in den westlichen Staaten Veränderungen erlebt und andererseits bereits ein Rumoren jenseits des „Eisernen Vorhanges“ spüren können.

Aber es waren nicht nur die Ereignisse in Prag, bzw. die Erlebnisse in dem Jugendcamp, die mein Interesse für Politik und insbesondere für Europa beflügelt haben. Mit Euro-

pa habe ich mich zwei Jahre später als Abiturient im Rahmen eines von dem europäischen Germanistenverband organisierten Aufsatzwettbewerb etwas intensiver beschäftigt. Das Thema lautete: „Wie nehmen sie das Unbehagen unter der Jugend wahr? Welches Europa würde teilweise ihren Wünschen und Bedürfnissen von Heute und Morgen entsprechen?“

Meine Auseinandersetzung mit diesen Fragen ist nicht ohne Folgen geblieben. Ich wurde eingeladen zu einer Konferenz nach Paris, an deren Ende eine großartige Veranstaltung in Versailles stand, bei der mein Aufsatz mit dem ersten Preis ausgezeichnet worden ist. Wie Sie sich denken können, sind das Dinge, die natürlich haften bleiben und einen beflügeln.

E.: Dass Sie diese Auszeichnung nachhaltig in Ihrem europäischen Engagement beflügelt hat, kann ich sehr gut verstehen. Ich war Mitte Mai (2017) zugegen, als Sie im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Schülerinnen und Schüler aus den Schulen in Ostbelgien für deren Projekte im Rahmen der von Ihnen gegründeten Initiative „Europa Kreativ“ ausgezeichnet haben. Als ich Ihre Rede hörte, kam mir wieder Ihr Aufsatz in den Sinn und ich dachte: Hier schließt sich im Leben des Karl-Heinz Lambertz ein Kreis. Warum? Im Mai 2013 haben Sie vom Land Tirol und der Stadt Innsbruck den Kaiser-Maximilian-Preis für ihr europapolitisches Wirken erhalten. In Ihrer Dankesrede haben Sie damals hervorgehoben, dass Ihr gesamtes politisches Wirken immer einen sehr engen Bezug zu Europa gehabt hat, Europa ihre große Leidenschaft war, ist und bleiben wird. Und dann folgt eine Passage, an die ich an dem Abend im Ministerium denken musste. Sie sagten – ich zitiere: „Ich hatte 1970 im Alter von 18 Jahren

das Glück, bei einem europäischen Aufsatzwettbewerb den ersten Preis zu erhalten und dann zum ersten Mal in meinem Leben in das Schloss von Versailles eingeladen zu werden. Zur Einstimmung auf die heutige Veranstaltung habe ich diesen inzwischen 43 Jahre alten Text vor einigen Tagen noch einmal nachgelesen. Ohne mich jetzt selbst zitieren zu wollen, habe ich dabei festgestellt, dass vieles von dem, was ich damals geschrieben habe, vielleicht etwas naiv war, aber auch heute noch überraschend aktuell geblieben ist. Ich weiß nicht, ob ich mich darüber wirklich freuen soll. Dennoch steht fest: Die europäische Integration ist und bleibt die Zukunft unseres Kontinentes. Deshalb möchte ich den Geldbetrag, der mit dem heute verliehenen Preis verbunden ist, einer Initiative zur Verfügung stellen, die jungen Menschen Europabegeisterung vermittelt.“

Daraus entstanden ist das Projekt „Europa Kreativ“, mit dem das Europabewusstsein der Kinder und Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gefördert werden soll. Was dahinter steckt, sollten Sie am besten selbst kurz erklären.

L.: Es handelt sich um einen jährlichen Wettbewerb für Projekte und Initiativen, der vom Jugendbüro der DG in Zusammenarbeit mit europe direct im Rahmen des Europtages ausgerichtet wird. Die Gewinner werden von einer unabhängigen Jury ermittelt und erhalten insgesamt ein Preisgeld von 2000 Euro. Seit 2014 sind die unterschiedlichsten Wettbewerbsbeiträge eingereicht worden: Videos, Collagen, Raps, Sketche, Zeichnungen, Texte und vieles andere mehr. Darin bringen die Jugendlichen zum Ausdruck, was sie von Europa halten, was ihnen gefällt oder auch nicht.